

Gerhard Klas

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in Tansania

vom 05. Januar bis 05. April 2002

**„Vom Prototyp des afrikanischen Sozialismus
zum Musterschüler der Weltbank“**

Von Gerhard Klas

Tansania, vom 05.01. bis 05.04.2002
betreut von der Heinz-Kühn-Stiftung

Inhalt

1. Zur Person	304
2. Chaotische Märkte	304
3. Blick zurück	304
4. Schneller schlau mit der Weltbank	306
5. Schöne Worte	307
6. Pädagogik der Prügelstrafe	309
7. Privates Lernen	310
8. Kaum Geld für Lehrer	311
9. Blaues Gold in Dar es Salaam	313
10. Marode Wasserversorgung	314
11. Gigantische Gewinne	316
12. Wer sich wehrt (oder auch nicht)	317
13. Zahnlose Gewerkschaften	318
14. Religion, Diskriminierung und Protest	318
15. Eine neue Stimme	320
16. Demokratie auf dem Papier	321
17. Asante sana (Danksagung)	322

1. Zur Person

Geboren 1967 in Trier. Nach dem Abitur Zivildienst und Studium der Sozialarbeit. 1995 einjährige journalistische Ausbildung in Köln, anschließend freie Tätigkeit für Tages- und Wochenzeitungen, entwicklungspolitische Magazine und öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Seit 2002 Mitarbeiter des Rheinischen JournalistInnenbüros in Köln.

2. Chaotische Märkte

„Soko holela“ – „chaotischer Markt“ heißt in der ostafrikanischen Regionalsprache Kiswahili, was in Europa und Nordamerika euphemistisch als „freie Marktwirtschaft“ bezeichnet wird. Im Gegensatz zu Europa, wo sich eine neoliberale Wirtschaftspolitik über Jahrzehnte durchgesetzt hat, findet diese Entwicklung in dem ostafrikanischen Land im Zeitraffertempo statt. Auf Druck internationaler Kreditgeber sollen dort so schnell wie möglich staatliche Dienstleistungsbetriebe und Industrien verkauft und privatisiert werden: Wasser- und Stromversorgung, Ländereien, die Börse, Einrichtungen der Gesundheitsversorgung, die nationale Flug- und Eisenbahnlinie sowie die staatliche Telefongesellschaft. Die lukrativsten Angebote darunter versuchen sich ausländische Investoren, hauptsächlich aus den USA, Europa, Japan und Südafrika, einzuverleiben. In Tansania gibt es kaum kapitalstarke Investoren, die etwa ein gigantisches Unternehmen wie die nationale Stromversorgung TANESCO übernehmen könnten. Doch auch Wirtschaftssektoren, die längst in privater – tansanischer – Hand sind, sollen nun dem internationalen Konkurrenzdruck ausgesetzt werden.

3. Blick zurück

Früher galt Tansania, das lange Zeit der 1999 verstorbene Julius Nyerere regierte, als Prototyp des „afrikanischen Sozialismus“. Der stark religiös geprägte Nyerere führte diesen Begriff ein und verstaatlichte Ende der 60er Jahre die Gesundheitsversorgung, landwirtschaftliche Betriebe und die schwach entwickelten Schlüsselindustrien.

Bis in die 70er Jahre hinein erhielt Tansania internationale Kredite auch aus dem Westen, zum Teil zu flexiblen Zinssätzen. Unter anderem finanzierte Nyerere damit das Engagement Tansanias im Kampf gegen das südafrikanische Apartheidsregime. Mit den steigenden Zinsen während der Wirtschaftskrise Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre geriet Tansania in die

Schuldenfalle, die zusätzlich verschärft wurde durch fallende Weltmarktpreise für Exportgüter aus dem Agrarsektor und mineralische Rohstoffe sowie steigende Importpreise für Industriegüter.

Während sich viele Länder daraufhin dem Diktat der Strukturanpassungsprogramme internationaler Kreditinstitutionen und damit dem Ausverkauf ihrer wirtschaftlichen Ressourcen unterwarfen, profilierte sich Tansania mit seinem charismatischen Präsidenten als vehementer Gegner dieser Politik. Doch die wirtschaftliche Situation erlaubte es Tansania nicht, diese Linie durchzuhalten.

Der Wandel setzte 1985 mit dem Rücktritt Nyereres ein. Sein Nachfolger, Ali Hassan Mwinyi, einigte sich mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank über ein tansanisches Strukturanpassungsprogramm, auch wenn er es nur teilweise umsetzte. Gleichzeitig häuften sich die Korruptionsaffären. Mitte der 90er Jahre musste außerdem die ehemals florierende Textilindustrie nach Spenden und Billigimporten von Altkleidern aus den USA und Europa ihren Bankrott erklären.

Heute ist die Führungsriege der nach wie vor mit einer satten Mehrheit regierenden Revolutionspartei CCM, ein Produkt der antikolonialen Befreiungskämpfe, ein williger Kooperationspartner des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Der amtierende Präsident Benjamin Mkapa warb während der letzten Präsidentschaftswahl mit seinen „wirtschaftlichen Erfolgen“ und griff die Opposition scharf an. „Einige haben uns kritisiert“, verteidigte sich Mkapa im Oktober 2000, „weil wir der Rückzahlung von Auslandsschulden Priorität geben. Sie versprechen, diese Zahlungen einzustellen. Aber man sollte sie fragen, wo sie die Kredite zur Finanzierung großer Entwicklungsprojekte hernehmen wollen.“

Die „wirtschaftlichen Erfolge“ existieren nur auf dem Papier und gelten allenfalls für die vergleichsweise kleine Mittel- und Oberschicht, die gerade mal zehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Von einem „Durchsickern des Wohlstands“ bis hin zu den Armen, was Befürworter der „freien Marktwirtschaft“ gerne behaupten, kann in Tansania keine Rede sein. Für die Mehrheit der 32 Millionen Tansanier hat sich die Situation verschlechtert.

Bis Mitte der 80er Jahre war zum Beispiel die siebenjährige Grundschulausbildung in Tansania obligatorisch und kostenlos. Dann machte die Weltbank für ihre ersten Kredite an das Land zur Vorbedingung, dass der Haushalt konsolidiert und dem Schuldendienst erste Priorität eingeräumt würde. Um das zusammengestrichene Bildungsbudget zu refinanzieren, forderte die internationale Finanzinstitution ausdrücklich die Einführung von Schulgebühren. Bei einer Familie mit mehreren Kindern kann sich seitdem der jährliche finanzielle Aufwand schnell auf 80 bis 100 US-Dollar belaufen. Horrende Summen für die meisten Familien, denn knapp die Hälfte der 32 Millionen Tansanier lebt unter der von der Regie-

rung definierten Armutsgrenze von 0,65 Dollar am Tag. 28 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten, 49 Prozent haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, und seit 1990 ist die durchschnittliche Lebenserwartung von 50 auf 48 Jahre gefallen.

4. Schneller schlau mit der Weltbank

Einer, der seine Kinder in den vergangenen Jahren unter großen Entbehrungen gerade noch auf die Grundschule schicken konnte, ist Joseph Steven Momila. Der Vater von insgesamt acht Kindern lebt mit seiner Frau seit zwanzig Jahren in Temeke, einem der zahlreichen Armenviertel in der Hauptstadt Dar es Salaam. Fünf Kinder sind schon aus dem Haus, die anderen leben zusammen mit den Eltern in nur zwei Zimmern eines einstöckigen Lehmbaus. Tausende dieser mit Wellblech bedeckten Häuser befinden sich in Temeke, getrennt durch ein Gewirr staubiger Gassen und Straßen. In den meisten dieser Häuser, die bis zu zehn Zimmer haben, leben mehrere Familien. Bis zur nächsten Wasserstelle sind es von den Momilas aus einige hundert Meter und der Haushalt gehört auch nicht zu den wenigen, die sich einen Stromgenerator leisten können.

Als Nachtwächter in Upanga, einem indischen Stadtteil in Zentrumsnähe, verdient Joseph gerade einmal 30.000 Tansanische Schilling (Tsh) im Monat. Das sind etwas mehr als 30 Dollar und gilt in Dar es Salaam als Durchschnittsverdienst, obwohl er unter dem offiziellen Mindestlohn liegt. Fast ein Drittel seines Lohns muss Joseph Momila für die zwei durch einen dunklen Flur getrennten Zimmer bezahlen. Knapp 5.000 Tsh im Monat kosten ihn die täglichen Fahrten zu seiner Arbeitsstelle.

Für den Schulbesuch seiner Kinder bleibt also nicht mehr viel übrig. Bis Ende 2001 kostete die Einschulung umgerechnet einen Dollar, fünf Dollar die Registrierung und 2.000 Tsh, ca. zwei Dollar, kosteten die monatlichen Schulgebühren. Hinzu kamen regelmäßige Kosten für Uniformen und das Aufsichtspersonal. Im Rahmen der von der Weltbank favorisierten Kostenbeteiligung bei Anschaffungen mussten die Eltern für Schulmöbel und den Bau von Klassenräumen nochmals tief in die Tasche greifen. Auch für ein Schulbuch müssen allein drei durchschnittliche Tageslöhne bezahlt werden. Mehrere Untersuchungen (Maarifa ni Ufunguo, 2001; Oxford Policy Management, 2001) zeigen, dass sich die durchschnittlichen Kosten pro Schulkind und Jahr in Tansania auf fast 31.000 Tsh beliefen, ohne Verpflegung und Transportkosten.

Adelphina, eine der Töchter von Joseph Momila, hat vor zwei Jahren das siebte Schuljahr beendet und lebt seitdem zu Hause. Gerne würde sie weiter zur Schule gehen, aber eine staatliche „Secondary School“ würde 40.000 Tsh, eine private gar 200.000 bis 300.000 Tsh jährlich kosten. Hinzu kommt, dass

in den weiterführenden Schulen ausschließlich in englischer Sprache unterrichtet wird. Aber Adelphina Momila kann kein Englisch, sie spricht nur Kiswahili. Der Vater sähe es ohnehin lieber, wenn sie als Straßenhändlerin das karge Familieneinkommen aufbessern würde. Joseph Momila hat wie seine Tochter Adelphina nur die Grundschule besucht, wenn auch zu einer Zeit, als zumindest das Niveau des Englischunterrichts noch besser war. Er kann bis heute Englisch gut verstehen, auch wenn er es kaum spricht. Zu selten hat er Gelegenheit gehabt, sich in Englisch zu unterhalten. Die Schulkinder von heute können trotz mehrerer Stunden wöchentlichen Englischunterrichts in einer staatlichen Grundschule auch nach vier Jahren in dieser Sprache nur mit Mühe und Not sagen, wie alt sie sind.

Die Familie Momila steht stellvertretend für die Mehrzahl der tansanischen Familien. Tansania ist von allen Ländern, die das Bildungsniveau ihrer Bevölkerung statistisch erfassen, das Schlusslicht. Nur sechs Prozent der Tansanier besuchen jemals eine weiterführende Schule, noch weniger erreichen auch einen Abschluss. Zwischen den einzelnen Regionen Tansanias gibt es jedoch ein großes Gefälle. Während die Bedingungen in Dar es Salaam noch als vergleichsweise gut gelten, ist die Schuldichte in der offiziellen Hauptstadt Dodoma um ein vielfaches geringer und so können dort noch weitaus weniger Kinder weiterführende Schulen besuchen.

Seit Anfang Januar 2002, nach mehr als einer Dekade, hat die tansanische Regierung die Gebühren für die Grundschulernziehung wieder abgeschafft; mit Unterstützung der Weltbank, die sich heute die „Armutsbekämpfung“ auf die Fahnen schreibt. Jetzt wird plötzlich offensichtlich, wie viele Eltern ihre Kinder wegen der Gebühren überhaupt nicht in die Schule schicken konnten.

Nach Schätzungen des Erziehungsministers Joseph Mungai sind allein im Jahr 2001 mehr als 2,2 Millionen schulpflichtige Kinder der Grundschule fern geblieben. Jetzt drängen sie in die Schulen, bis zu vierhundert Schüler quetschen sich in einem Klassenraum. Deshalb erwägt das Ministerium für Erziehung, Schulische und Stühle wieder abzuschaffen, die von den Eltern bezahlt wurden. So soll für die Kinder mehr Platz in den Schulräumen geschaffen werden. Die überlasteten und unterbezahlten Lehrer der öffentlichen Lehrinrichtungen greifen immer häufiger zur Prügelstrafe. Die wenigen, die es sich leisten können, schicken ihre Kinder auf eine besser ausgestattete Privatschule.

5. Schöne Worte

Auch nach der formalen Aufhebung der Schulgebühren müssen sich die Eltern nach wie vor an den Kosten für den Schulunterricht beteiligen. Offiziell sind das Verpflegung, Transport und Schuluniformen. In der Praxis

müssen sie je nach regionalen Gegebenheiten auch noch für den Ausbau von Schulen oder die Anschaffung von Mobiliar aufkommen. Erziehungsminister Mungai kommt trotzdem zu einem positiven Resultat: „Die Eltern müssen nun nicht mehr für Bücher, Hefte und Kreide bezahlen“. Zusammen mit den abgeschafften Gebühren sei das eine große Entlastung, das Finanzierungsverhältnis hätte sich sogar umgedreht. „Vor der Reform zahlten die Eltern zwei Drittel der Kosten, heute nur noch ein Drittel, der Rest wird von der Regierung aufgebracht“, so Mungai. Der Besuch in einer Grundschule in einem der wohlhabenderen Viertel Dar es Salaams, dem indischen Stadtteil Upanga, lässt an den Aussagen des Ministers zweifeln. Dort gibt es zwar inzwischen einige kostenlose Schulbücher, aber die reichen gerade einmal für das Lehrpersonal. Für die Schüler bleibt selbst an dieser vergleichsweise gut ausgestatteten Grundschule kein einziges Buch übrig.

„Seit diesem Jahr kommt weniger Geld in die Kassen der Schulen, als herausgenommen wurde“, sagt Rakesh Rajan von der Nichtregierungsorganisation „Haki Elimu“ – „Recht auf Erziehung“. Der Name dieser NGO ist Programm: Seit mehreren Jahren setzen sich ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür ein, auch den Armen in Tansania Zugang zum Bildungssystem zu verschaffen. Dabei legen sie größten Wert auf ihre Unabhängigkeit, das heißt, Spenden von Entwicklungshilfeorganisationen und -ministerien nehmen sie nur dann an, wenn sie darüber entscheiden können, für welches Projekt die Gelder verwendet werden. Das US-Department für Entwicklung, USAID, und ihr britisches Pendant weigern sich deshalb, Haki Elimu zu fördern. Finanzhilfen erhält die NGO hingegen aus den skandinavischen Ländern und den Niederlanden.

„Wenn ich ein Schuldirektor wäre, bliebe mir auch nichts anderes übrig, als die Eltern trotz der offiziellen Streichung der Schulgebühren unter Druck zu setzen, um nach wie vor etwas Geld von ihnen zu bekommen.“ Wie sonst, so Rajan, könnten die laufenden Kosten des Schulbetriebs bestritten werden? Für den Bildungsexperten ist diese Misere eng mit der Kreditvergabepolitik der Weltbank verbunden. „Anstatt die von uns erbetenen Kredite auf einmal aus-zuzahlen, werden sie gestückelt und an bürokratische Konditionen gebunden“, kritisiert Rajan.

Wer die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen setzt, ist den meisten Tansaniern kaum bekannt. Dafür spüren allerdings die meisten von ihnen deren gravierende Auswirkungen. Wie weitreichend diese sind, wurde Anfang Januar 2002 deutlich. Nachdem die Weltbank angeregt hatte, die Gebühren für die Grundschulbildung wieder aufzuheben, waren alle von dem Ansturm überrascht, der danach einsetzte. „Grundsätzlich eine gute Entscheidung, aber mit negativen Nebenwirkungen“, meint Yahya Sulwa, Generalsekretär der Lehrgewerkschaft CWT. Die Klassenräume platzten aus allen Nähten, mehr

als hundert Erstklässler in einem Raum sind keine Seltenheit. Jetzt gebe es zwar ein Problem weniger, dafür aber viele andere mehr.

Eigentlich hatte die Regierung geplant, zeitgleich mit der Streichung der Gebühren 14.000 neue Klassenräume zu errichten und 9.000 neue Lehrer einzustellen. Doch das ist bisher nicht passiert. Die Lehrer, die im Rahmen des vom Präsidenten abgesetzten UPE-Programms (Universal Primary Education) verpflichtet sind, alle vorstelligen Erstklässler auch einzuschulen, sind verzweifelt. Zum Teil müssen sie doppelte Schichten arbeiten, um dem Ansturm gerecht zu werden. Einige Schuldirektoren streichen die Unterrichtsstunden für die fortgeschrittenen Schüler zusammen, damit die vielen Schulanfänger sich auf mehrere Räume verteilen können. So sinkt das Niveau auf allen Ebenen.

6. Pädagogik der Prügelstrafe

Der Generalsekretär der Lehrgewerkschaft, Yahya Sulwa, verweist darauf, dass in den überfüllten Klassen nicht angemessen unterrichtet werden kann. Völlig überfordert greifen die Lehrer immer häufiger zur Prügelstrafe, die in Tansania gesetzlich zugelassen ist und in bestimmten Situationen mit Genehmigung des Schuldirektors angewendet werden darf. Aber selbst Erziehungsminister Mungai muss eingestehen, dass es dabei häufig zu Missbräuchen kommt. Nach Angaben der UNICEF ist die Gewalt der Lehrer einer der Hauptgründe dafür, dass knapp ein Drittel der Kinder von der Grundschule noch vor dem siebten Schuljahr abgehen. Untersuchungen der tansanischen Kinderrechtsorganisation „Kuleana“ Ende der 90er Jahre ergaben, dass viele Lehrer die Prügelstrafe benutzten, weil sie „die schnellste und einfachste Methode der Disziplinierung darstellt“. Allerdings sei auch den meisten Lehrern bewusst, dass dies nicht die beste und effektivste Methode ist. „Wenn der Stock zu oft benutzt wird, verliert er seine Wirkung“, äußerte sich das Lehrpersonal gegenüber „Kuleana“. Die Kinder würden stur und verlören den Respekt gegenüber ihren Lehrern.

Viele Schüler berichten, dass ihnen keine Chance zur Stellungnahme gegeben werde, wenn ein Lehrer sie eines Vergehens beschuldige. Die Lehrer hörten nicht zu, sondern sie schlugen zu. Mit einer Rüge sind die meisten Schüler einverstanden, sollten sie sich falsch verhalten haben. Aber die Prügelstrafe verursacht Ängste vor den Lehrern und dem Schulbesuch. Einige Schüler können sich vor lauter Angst nicht mehr auf den Unterricht konzentrieren. In einigen Fällen, so berichtet „Kuleana“, waren ganze Klassen derart verängstigt, dass sie sich komplett entschlossen, dem Unterricht fern zu bleiben.

Offiziell soll es eigentlich nur bei mehrfachem schwerem Fehlverhalten Prügel geben, z. B. wenn Schüler Lehrer angreifen oder beleidigen. „Kleine Vergehen“, so Sulwa, wie Verspätungen und falsche Antworten auf Fragen des Lehrers dürften dagegen nicht bestraft werden. „Wenn die Prügelstrafe im geregelten Rahmen durchgeführt wird, ist sie gar nicht so schlecht“, meint der Generalsekretär. „Auch ich habe während meiner Schulzeit Prügel bekommen“, so Sulwa weiter. „Als Vater weiß ich heute, dass sie auch ihre Vorteile hatte, weil die Lehrer Prügel damals nicht missbräuchlich einsetzten“. Dagegen meint Erziehungsminister Mungai: „Ich mag die Prügelstrafe nicht.“ Er beabsichtigt, die Prügelstrafe grundsätzlich zu überprüfen und ggf. abzuschaffen. Das wäre ganz im Sinne der NGO Haki Elimu, die gegen die legale Prügelstrafe ins Feld zieht.

Für Adelphina Momila ist Prügel nicht einmal das größte Übel in der Schule. „Viel mehr hat aber geschmerzt, wenn mich der Lehrer wieder nach Hause geschickt hat, weil ich das Schulgeld nicht bezahlen konnte“, erinnert sie sich. Denn ihr Vater musste von seinem mageren Gehalt auch noch eine Teilsumme an die Eltern in seiner Heimatregion Morogoro abgeben und konnte das von der Schule geforderte Geld deshalb oft nicht mehr aufbringen.

7. Privates Lernen

Um die Schulmisere zu beheben, setzt Außenminister Jakaya Kikwete auf das Allheilmittel Privatisierung. „Der private Sektor sollte in Grundschulen, in weiterführende Schulen und in Universitäten investieren. Die Vorstellung, dass Investitionen in den Bildungssektor immer noch Aufgabe der Regierung sind, ist überholt“, erklärte er am 15. Januar auf dem Ostafrikanischen Wirtschaftsforum in Dar es Salaam.

Sein Vorschlag war nicht neu. Schon 1996 schickte die Weltbank knapp dreißig Berater nach Tansania. Sie sollten überall im Land die Bildungssituation eruieren und erhielten dafür jeweils ein Tageshonorar, das weit über dem Jahreseinkommen eines durchschnittlichen Tansaniers lag. Schon damals, als das Bildungsbudget gerade einmal die laufenden Lehrergehälter abdeckte, kamen die Berater zu demselben Ergebnis wie der Außenminister heute. Die Weltbank-Experten schlugen die Privatisierung sämtlicher Grundschulen vor. Im Gegenzug sollte ein Fonds von 40 Millionen US-Dollar angelegt werden, der es den Eltern ermöglichen sollte, entsprechende Schulen für ihre Kinder frei zu wählen. Damals wurde dieser Vorschlag jedoch von der tansanischen Regierung noch abgelehnt.

Heute mischt sich Außenminister Kikwete mit seinem Vorstoß in das Ressort seines Kollegen Joseph Mungai, dem Erziehungs- und Kulturminister, ein.

Mungai war schon unter Julius Nyerere Landwirtschaftsminister und ist wie viele Parteifreunde aus seiner Generation stark von den Ideen „Mwalimus“, dem „Lehrer“, beeinflusst. Mungai diskutiert schon länger mit der Lehrgewerkschaft CWT und mit NGOs über Möglichkeiten und Grenzen privatwirtschaftlicher Unternehmen im Bildungssektor. Rakesh Rajan von der NGO „Haki Elimu“ betrachtet das Engagement des Privatsektors mit kritischen Augen. „Die politischen Entscheidungsträger schicken ihre Kinder selbstverständlich auf Privatschulen, auch schon im Grundschulalter“, erklärt er. Und auch die Eltern der schmalen Mittelschicht schulten ihre Kinder lieber in private Lehrinstitute ein. „Wer kann es ihnen verdenken, dass sie eine gute Erziehung für ihre Kinder wollen“, fragt der Experte. Doch Rajan beschreibt dies als eine „gefährliche Entwicklung“: das Engagement der politischen Entscheidungsträger nähme natürlich in dem Maße ab, wie sie selbst bzw. ihre Kinder nicht mehr auf den Besuch öffentlicher Schulen angewiesen seien.

Diese Kritik hat er auch in einem Gespräch mit dem Erziehungsminister Mungai vorgetragen. Der stimmte im Ansatz mit Rajan überein. Doch Mungai schreckt davor zurück, den privaten und gebührenpflichtigen Grundschulen die Genehmigung zu entziehen. Denn die wohlhabenden Eltern würden ihre Kinder dann nach Kenia, Uganda, Europa oder in die USA auf Privatschulen schicken. Das hieße, dass ein beträchtlicher Teil des potentiellen Bildungsnachwuchses gar nicht mehr nach Tansania zurück käme. Also rückte Mungai schnell wieder von seiner Idee ab und versucht sich nun mit dem Status quo zu arrangieren.

Während in den größeren Städten Privatschulen, die sich oft in kirchlicher Trägerschaft befinden, wenigstens eine bessere Unterrichtsqualität liefern, bieten die Privatschulen im ländlichen Raum in der Regel nur ein sehr niedriges Niveau. „Wer eine Schule eröffnet, darf Uniformen, Bücher und Schreibhefte verkaufen. Das ist ein lukratives Geschäft“, erklärt der Generalsekretär der Lehrgewerkschaft das betriebswirtschaftliche Interesse der Betreiber von Privatschulen. Lehrmittel und Uniformen verkaufen die privaten Betreiber, von denen einige aus dem Ausland kommen, für einen wesentlich höheren als den marktüblichen Preis an die Eltern und Schüler, die von den Betreibern zum Kauf an der Schule verpflichtet werden.

8. Kaum Geld für Lehrer

Auch viele Lehrer an öffentlichen Schulen versuchen, sich ein Zubrot zu verdienen, denn das Lehrergehalt ist niedrig. Der Lohn für Berufseinsteiger liegt bei 60.000 Schilling zwar doppelt so hoch wie der des Nachtwächters Momila und selbst Direktoren bekommen nicht mehr als 100.000 Schilling.

Aber auch das reicht für viele nicht zum Leben: In Dar es Salaam kostet ein Einfamilienhaus schon 80.000 Schilling. Bis 1994 betrug der offizielle Mindestlohn in Tansania noch 84.000 Schilling. Heute hat die Regierung ihn auf offiziell 46.000 abgesenkt. „Sie behaupten einfach, die wirtschaftlichen Verhältnisse gäben nicht mehr her“, sagt Yahya Sulwa, der die mit Abstand größte Gewerkschaft im Lande vertritt. Nominal liegen nun auch die Berufsanfänger unter den Lehrern wieder über dem Mindestlohn.

Überhöhte Preise für Schuluniformen und Lehrmittel sind nur ein Weg, um das spärliche Gehalt aufzubessern. In der offiziellen Hauptstadt Dodoma sind Fälle bekannt geworden, in denen ein Schuldirektor Kinder von einer Grundschule gejagt hat, deren Eltern nicht bereit waren, eine von ihm eigenmächtig erhobene Gebühr zu bezahlen. Andere Lehrer geben im Anschluss an den offiziellen Unterricht private Nachhilfestunden für die Kinder, deren Eltern das Geld dafür aufbringen können. „Manchmal trifft man auch Lehrer, die sich als Straßenverkäufer ein Zubrot verdienen“, berichtet Sulwa.

Bisher hat das Bildungsbudget der tansanischen Regierung gerade ausgereicht, die mageren Lehrergehälter zu bezahlen. Immer stand mehr Geld für den Schuldendienst und das Militär zur Verfügung, als für Erziehung und Bildung. Auf der Begleichung des Schuldendienstes insistieren Weltbank und IWF, der Militärbudget wird verschont, weil, so die formale Begründung, die Ausgaben für das Militär der staatlichen Souveränität unterlägen.

In der „Vision 2025“, einem 1999 verfassten Zukunftsszenario aus der Planungskommission des Präsidenten Benjamin Mkapa, wird der Bildungssektor als derjenige mit der größten Bedeutung für die Zukunft Tansanias bezeichnet. Deshalb ist das Budget in diesem Jahr erstmals auf 25 Prozent des Gesamthaushalts angestiegen und soll nächstes Jahr noch vor dem Schuldendienst an die erste Stelle im Gesamthaushalt rücken. Dabei handelt es sich nicht um eine „nachhaltige Entwicklung“. Denn ein nicht unerheblicher Teil des Bildungsbudgets, 50 Millionen Dollar von insgesamt ca. 300 Millionen Dollar, wird mit einem neuen Kredit der Weltbank finanziert, der über drei Jahre läuft und dann wieder zurückbezahlt werden muss.

Insgesamt werden von dieser Entwicklung vor allem die privaten Bildungseinrichtungen, die Mittel- und Oberschicht profitieren. Anders als unter Nyerere „entwickeln sich zwei Gesellschaften in Tansania“, so Rakesh Rajan. Der Mitarbeiter von Haki Elimu sieht eine „kleine Gruppe von Tansaniern, die Geld haben, in Supermärkten einkaufen können und beginnen, ein wirklich gutes Leben zu führen“. Doch das ist nur eine verschwindende Minderheit. Die Bevölkerungsmehrheit ist von dieser Entwicklung ausgeschlossen und ihre Situation verschlechtert sich zusehends. „Zwanzig bis dreißig Prozent davon sind völlig verarmt und mehr und mehr desillusioniert, was die Zukunft in diesem Land ihnen bringen wird“, ergänzt Rajan. „In jeder Hinsicht han-

delt es sich dabei um eine äußerst beängstigende Entwicklung“. In Tansania sei dies ein „gefährlicher Präzedenzfall“ und sollte nicht ignoriert werden. „Selbst wenn einem die Rechte dieser Armen gleichgültig sind, ist es notwendig, über die sozial explosiven Konsequenzen nachzudenken“, schließt Rajan seinen Exkurs. Mit dem Engagement privater Geschäftsleute im Bildungssektor, so sein Resümee, wachse der Graben zwischen arm und reich in der tansanischen Gesellschaft.

9. Blaues Gold in Dar es Salaam

„Wenn ich etwas sage, machen vielleicht die Arbeiter Ärger“, begründet Edward Lowassa seine Weigerung, Fragen zur Privatisierung der Wasserversorgung in der tansanischen Metropole zu beantworten. Lowassa ist Minister für Wasser und Viehhaltung und war im Februar in Washington, um dort mit der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und potentiellen Investoren über die Vergabe des zehnjährigen Leasingvertrages der Wasserversorgung in Dar es Salaam zu verhandeln. Damit erfüllt er eine Auflage, die der IWF an einen Teilschuldenerlass für die tansanische Regierung knüpft. Doch was bei der Wasserversorgung noch ansteht – Massenentlassungen und eine Preiserhöhung von mindestens 30 Prozent – hat in anderen Sektoren schon für erhebliche Unruhe gesorgt.

Zum Beispiel bei der Stromversorgung: Edgar Maokola-Majogo, Lowassas Kabinettskollege aus dem Energieministerium, hat schlechte Erfahrungen mit den Arbeitern des staatlichen Energieversorgungsunternehmens TANESCO gemacht. Transparenz, für die Weltbank und andere Institutionen integraler Bestandteil einer „guten Regierungsführung“, hat sich im Falle von TANESCO für die tansanische Regierung nicht ausgezahlt. Als potentielle Käufer ankündigten, bei der Übernahme von TANESCO müsste die Hälfte der Belegschaft gehen, und als sich das Ministerium anschickte, die angesparten Pensionsfonds für die Abfindungen zu verplanen, platzte den Beschäftigten der Kragen. Einige von ihnen kündigten an, Generatoren, Leitungen und Umspannwerke zu zerstören, sollten die Pläne umgesetzt werden.

Zunächst schien der Minister einzulenken. Nun hat er die südafrikanische Firma Net Group Solutions damit beauftragt, das TANESCO-Management zu übernehmen. Weil das südafrikanische Unternehmen nach wie vor an den Massenentlassungen festhält, haben die Beschäftigten ihre Drohungen erneuert. „Ihr habt die Geduld der Regierung aufs äußerste strapaziert, es reicht“, echauffierte sich daraufhin Energieminister Maokola-Majogo. Die Regierung ließ Sondereinsatzkommandos der Polizei an allen größeren Knotenpunkten der Stromversorgung aufmarschieren. Kurzfristig wurde so eine Revolte ver-

hindert, aber kein einziges Problem gelöst. Nun macht sich auch bei den Konsumenten Unmut breit, allein im März wurden die Strompreise um 30 Prozent erhöht.

Die Regierungsstellen sind nicht gut koordiniert. Während Lowassa mehrere konkrete Anfragen zur Wasserprivatisierung zurückweist, ist die Öffentlichkeitsabteilung der Reformkommission des Präsidenten (PSRC) wesentlich auskunftsfreudiger. Die vom neoliberalen Adam Smith Institute aus Großbritannien intensiv betreute Abteilung gibt grünes Licht für ein Interview mit dem zuständigen Sachbearbeiter, Nshoya Magotti. Seine Vorgesetzten, die selber lieber nicht Rede und Antwort stehen wollen, haben ihn vorgeschickt. Aufmerksam verfolgen sie die Antworten ihres Sachbearbeiters. Magotti stehen vor Anspannung die Schweißperlen auf der Stirn.

10. Marode Wasserversorgung

Wie viele andere beklagt auch Magotti zunächst den schlechten Zustand der Wasserversorgung in Dar es Salaam. Die zuständige Wasserbehörde DAWASA (Dar es Salaam Water and Sewerage Authority) verwaltet ein Leitungsnetz von 824 Kilometern für die Wasserversorgung und 170 Kilometern für die Abwasserentsorgung in der Region. Flutartige Regenfälle im Zuge des El Nino 1998 haben die seit 1950 kaum gewarteten Systeme zusätzlich stark beschädigt. Magotti geht von fast 300 Millionen Litern täglicher Kapazität an Leitungswasser aus, von denen allerdings dreißig Prozent durch undichte Leitungen auf dem Weg zum Endverbraucher verloren gehen. Doch das ist keine afrikanische Spezialität. Auch in deutschen Städten, die wie Düsseldorf oder Stuttgart über vergleichsweise alte Versorgungssysteme verfügen, gibt es bis zu zwanzig Prozent Wasserverlust. Was allerdings letztendlich in Dar es Salaam aus dem Wasserhahn läuft, ist kein Trinkwasser, sondern muss vor dem Verzehr abgekocht werden.

„Manchmal tut mir alles weh vom Tragen“, beschreibt Adelphina Momila die Mühsal des Wasserschleppens. Insgesamt 100 Liter, so ihr Vater Joseph Momila, benötige die Familie täglich.

Knapp 70 Prozent der geschätzten vier bis fünf Millionen Bewohner Dar es Salaams haben laut Angaben der Weltbank „irgendwie Zugang zu Leitungswasser“. Doch wie die Familie von Joseph Momila müssen viele täglich insgesamt einige Kilometer zurücklegen, um ihren Tagesbedarf zu decken. Völlig abhängig von Zulieferern sind die neuen Bewohner der Millionenstadt, die vom Land in die Stadt gezogen sind und sich dort in Blech- und Holzhütten-siedlungen ohne jede Infrastruktur niedergelassen haben. Nach offiziellen Angaben wächst die Bevölkerung von Dar es Salaam jährlich um eine zwei-

stellige Prozentzahl, 1995 sollen es sogar 24 Prozent gewesen sein. In einigen dieser Siedlungen gibt es unter- oder oberirdische Wassertanks, die von Lastkraftwagen täglich nachgefüllt werden. Aber auch Personenkraftwagen, die kleinere Wasserbehälter transportieren, sind ein häufiger Anblick in der Metropole, ebenso wie das letzte Glied in der Verteilungskette: Straßenverkäufer, die mit ihren Handwagen sechs Zwanzig-Liter-Kanister umherfahren und zum Verkauf anbieten. Abwasserentsorgung gibt es fast nur im Zentrum und den angrenzenden Stadtteilen; das Schmutzwasser wird über einen zentralen Abfluss ungeklärt in den Ozean entsorgt. Über eigenständige Systeme verfügen außerdem der Flughafen und die Universität. Viel zu wenig für eine Stadt dieser Größenordnung. Neunzehn verschiedene Organisationen und Unternehmen leeren Fäulnisbehälter und die Gruben von etlichen tausend Latrinenklos. Diese Arbeiten werden oftmals nicht adäquat ausgeführt. Dadurch entstehen gefährliche Krankheitsherde, z. B. gilt dies als eine der Ursachen für die regelmäßig ausbrechenden Cholera-Epidemien.

Gründe für die schlechte Wasserver- und entsorgung sind nach Ansicht von Regierungsmitarbeiter Magotti neben den zahlreichen ungenehmigten Zapfstellen die viel zu niedrigen Konsumentenpreise, die nicht einmal die Kosten decken würden. Zudem gebe es kaum Zähler, um den Wasserverbrauch beziffern zu können. Die Endverbraucher, die einen regulären Anschluss haben, bezahlen eine Pauschale an DAWASA, die sich nach einem Volumen von 28 Kubikmetern Wasserverbrauch pro Monat und Haushalt bemisst. Zudem stellt DAWASA zahlreiche öffentliche Zapfstellen zur Verfügung, an denen die Stadtbevölkerung sich kostenlos bedienen kann. Neben diesen „Misständen“ findet Magotti, dass bei DAWASA zu viele Arbeiter beschäftigt sind und dies einer der Hauptgründe sei, warum die Wasserversorgung so unrentabel ist. Weder Magotti noch der Vertragsentwurf der Reformkommission erwähnen die hohen Zahlungsrückstände staatlicher Institutionen und Ministerien, die große Löcher in das DAWASA-Budget gerissen haben.

Ein privates Unternehmen soll nun dafür sorgen, dass sich die Situation verbessert. Doch die Wasserversorgung für eine Metropole wie Dar es Salaam ist kein Kinderspiel, es gibt viele Begehrlichkeiten und einige Unternehmen hoffen auf schnellen Profit. „Wir sind uns der Fallen und Hintertüren bei internationalen Verträgen durchaus bewusst“, erklärt Magotti. Deshalb setzten Ministerium und Reformkommission auf den Sachverstand der Weltbank, deren Vertreter, ein Franzose, bei allen Verhandlungen mit am Tisch sitzt und das letzte Wort hat. Drei Unternehmen sind in die engere Auswahl gekommen: General des Eaux und Saur International aus Frankreich sowie ein britisch-deutsches Joint-Venture, bestehend aus Gauff Ingenieure und Biwater.

11. Gigantische Gewinne

Natürlich wollen auch die drei Bewerber mit ihren Investitionen in dem Grundversorgungsbereich Wasser Gewinne erzielen. „Viele Tansanier sind immer noch der Ansicht, weil der Regen vom Himmel falle, müsse das Wasser umsonst sein“, meint etwas herablassend eine Sprecherin von DAWASA. Doch damit wird es nach der Übernahme durch den privaten Investor vorbei sein. Die Hauptaufgabe sehen Weltbank, PSRC, Ministerium und die DAWASA-Führung in der Erfassung des individuellen Endverbrauchs und einer „Verbesserung der Zahlungsmoral“. Ein Eimer Wasser kostet heute 20 Tsh, zunächst soll der Preis um ein Drittel und mittelfristig auf das Doppelte steigen. Damit dies nicht direkt am Anfang geschieht, hat der IWF weitere Kredite zugesagt.

Seit einem Vierteljahr werden überall in Dar es Salaam, vor allem in den besser situierten Stadtvierteln, neue Wasserleitungen verlegt. Bevor einer der neuen Bewerber übernimmt, muss DAWASA noch 120 Millionen Dollar Kredit aufnehmen, um die Infrastruktur der Wasserver- und entsorgung zu verbessern. Das haben die Bewerber als Vorbedingung formuliert. DAWASA allein ist dafür verantwortlich, die Schulden an die Kreditgeber – Weltbank, Afrikanische Entwicklungsbank, Europäische Investitionsbank und Französische Entwicklungsbank – zurückzubezahlen. Die neue Partei im Geschäft mit dem Wasser, das private Unternehmen, wird in erster Linie Zähler bei den Endverbrauchern anbringen, für das Rechnungswesen und eine „bessere Zahlungsmoral“ zuständig sein. Weltbank und tansanische Regierung verlangen lediglich 2,5 Millionen US-Dollar Einstiegskapital und eine monatliche Mietgebühr von 50.000 Dollar. Dafür darf das Unternehmen 70 Prozent der Endgebühren einstreichen. Ein Millionengeschäft: Bei einem Verbrauch von ca. 300 Millionen Litern täglich und der angekündigten Preiserhöhung beläuft sich der monatliche Umsatz, den Wasserverlust eingerechnet, auf mehr als eine Million US-Dollar. Von dieser Summe bleiben rein rechnerisch ca. 800.000 US-Dollar für den Bewerber. Davon gehen zwar Ausgaben für die Messtechnik, das Rechnungssystem und die mageren Gehälter für einen Teil der Beschäftigten (im Schnitt 60 US-Dollar Monatsgehalt) ab. Für neue Leitungen, Instandhaltung und Verbesserung der bestehenden Systeme müssen jedoch die verbleibenden 30 Prozent ausreichen, mit denen DAWASA außerdem noch die neuen Schulden abbezahlen soll. Der Reingewinn wird für das Unternehmen weit über der monatlichen Miete liegen. Zumal nach Angaben von Magotti damit zu rechnen ist, dass von den 1.400 DAWASA-Arbeitern nach der Übernahme nur noch 700 beschäftigt sein werden.

Etwaige andere „Risikofaktoren“ wie „Zahlungsunwilligkeit“ von Verbrauchern sollen so niedrig wie möglich gehalten werden. Die deutschen

Bewerber, Gauff Ingenieure, die schon in mehreren afrikanischen Ländern Erfahrungen gesammelt haben, kündigen ein „konsequentes Vorgehen“ an, sollten Endverbraucher ihre Rechnungen nicht zahlen. Jürgen Berthold, der Leiter der tansanischen Niederlassung, will sich zwar bei sozialen Härtefällen für eine Ratenzahlung stark machen. Doch sein Chef Wolfgang Chalet, Leiter der Afrika-Abteilung bei Gauff Ingenieure, lässt keinen Zweifel daran, dass die „Zahlungsmoral nur verbessert werden kann“, wenn als letzter Schritt „rigoros das Wasser abgestellt“ wird. Das geht an der Wirklichkeit vorbei. Denn die meisten Bewohner von Dar es Salaam werden ihre Rechnung nicht begleichen können, weil sie kein Geld dafür haben und nicht, weil sie nicht bezahlen wollen.

Auch bei der Wasserprivatisierung werde, so versichert der Regierungsmann Magotti, wie in anderen Sektoren größter Wert auf Bürgerbeteiligung und Transparenz gelegt. Doch selbst zur Woche des Wassers, die in ganz Tansania seit vielen Jahren mit öffentlichen Veranstaltungen und Kundgebungen begangen wird, fand sich Mitte März nicht ein Nachrichtenbeitrag zu der anstehenden Privatisierung der Wasserversorgung in Dar es Salaam. Die tansanische Weltbankniederlassung in Dar es Salaam verschleppt mehrere Gesprächstermine, DAWASA und Wasserminister Edward Lowassa lehnen jedes Gespräch zum Thema kategorisch ab.

12. Wer sich wehrt (oder auch nicht)

Auch Julio Rutatina, Generalsekretär der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes, beschwert sich, dass weder seine Gewerkschaft, noch die Belegschaft von DAWASA über die anstehende Übernahme informiert, geschweige denn an den laufenden Verhandlungen beteiligt worden seien. „Die ganze Angelegenheit ist eine Geheimsache zwischen Regierung und Weltbank“, empört sich Rutatina. Ähnlich reagiert Joseph Momila, der Nachtwächter aus Temeke. Er fällt aus allen Wolken, als er von der geplanten Preiserhöhung hört. Er weiß nicht, woher er das Geld nehmen soll. In Temeke hat niemand die Bewohner nach ihrer Meinung gefragt, weder DAWASA oder die PSRC, noch das Ministerium oder die so nachdrücklich auf Transparenz bedachte Weltbank. „Wenn die uns das Wasser abstellen, gibt es auch hier Ärger“, sagt Joseph in Anspielung auf Erfahrungen in anderen Ländern wie z. B. Bolivien, wo ein US-amerikanischer Konzern vor zwei Jahren die Wasserpreise derart angehoben hatte, dass es anschließend zu Massenprotesten kam.

13. Zahnlose Gewerkschaften

Joseph Momila und der Gewerkschaftssekretär sind nicht die einzigen, die an neoliberalen Politikkonzepten zu zweifeln beginnen. Weit davon entfernt, mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen, sind Menschen in vielen sozialen Schichten und gesellschaftlichen Sektoren unzufrieden.

Doch sind die Gewerkschaften fast zahnlos. Ihre Loyalität gegenüber der ehemaligen Einheitspartei ist noch immer nahezu ungebrochen. Mit der Inkraftsetzung des Trade Union Act im Jahr 2000 wurden zwar die gesetzlichen Rahmenbedingungen etwas günstiger. Doch noch immer behält sich die Regierung das Recht vor, einer einmal zugelassenen Gewerkschaft die Genehmigung auch wieder zu entziehen.

Erst allmählich entstehen Gewerkschaftsstrukturen, die zumindest den Spielregeln der formalen Unabhängigkeit gerecht werden. Im Mai 2001 gründeten viele der schon bestehenden Einzelgewerkschaften ihren ersten unabhängigen Dachverband, den Trade Unions Congress of Tanzania (TUCTA). Seine Vorsitzende Margreth Sitta, die auch zugleich die Vorsitzende der Lehrgewerkschaft – mit 117.000 Mitgliedern die größte im Lande – ist, kritisiert bisweilen die Regierung. Auch das Schicksal der TANESCO-Arbeiter scheint ihr am Herzen zu liegen. Sie weist die geplante Veruntreuung der Rentenfonds durch die Regierung zurück und tritt für Verhandlungen ein. „Wenn die Regierung den offenen Dialog mit den Arbeitern von TANESCO verweigert, widerspricht das den Gewerkschafts- und Menschenrechten“, mahnt sie an.

14. Religion, Diskriminierung und Protest

Die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung reichen weit bis ins religiöse Lager hinein. Nach dem 11. September ist es auch in einem Teil der vor allem in der Küstenregion stark verankerten moslemischen Minderheit unruhig geworden. Weniger, weil sie so fanatisch wären – der größte Teil der moslemischen Glaubensgemeinschaften ist im regierungstreuen Dachverband BAKWATA organisiert. Aber auch im vergleichsweise friedlichen Tansania brechen im Fahrwasser der globalen Hysterie interreligiöse Konflikte auf, die trotz der rechtlichen Benachteiligung der moslemischen Organisationen längst vergessen geglaubt waren. Ein Teil der moslemischen Community, vor allem die unabhängigen Organisationen, steht heute unter Generalverdacht. Tatsächlich gibt es einige Straßenhändler, die T-Shirts mit dem Konterfei von Ossama bin Laden verkaufen und wenige Jugendliche, die diese auch erwerben (können). Für diese Jugendlichen ist bin Laden ein Star, der es gewagt hat, die führende Weltmacht anzugreifen. Mit seiner fundamentalistischen Politik

haben sie bisher wenig gemein. In die Arme seiner Anhänger könnten sie nur dann getrieben werden, wenn die Regierung weiter damit fortfährt, mit Repression und neuen Gesetzen gegen die moslemische Community im Allgemeinen vorzugehen und damit Vorurteile zu schüren. So verabschiedete die Regierung nach dem 11. September die „Bill Kadhi“, mit der sie ihre Kontrollbefugnisse über die moslemischen Organisationen ausweitet. Vor allem, dass der Gesetzesentwurf von einem christlichen Minister in der Öffentlichkeit präsentiert wurde, empfanden viele Angehörige moslemischer Glaubensgemeinschaften als Provokation.

Andererseits gibt es Männer wie Scheich Nassor von der Insel Sansibar, der Solidaritätsgebete und -demonstrationen für die Taliban organisierte, als die US-Army und die Royal Force begannen, Afghanistan zu bombardieren. Die unabhängigen Organisationen der Moslems gehen die Regierung in Tansania hart an. Bei einer Gedenkdemonstration an den Tod einiger Glaubensbrüder, die bei einer Demonstration im Februar 2000 von der Polizei erschossen worden waren, kam es erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei der die Regierungsbeamten mit äußerster Brutalität gegen die Demonstranten vorgingen.

Schon vor dem 11. September, im Schatten der letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Ende Januar 2000, kam es zu heftigen Übergriffen der Polizei auf die moslemische CUF-Partei, die auf der von über 95 Prozent Moslems bevölkerten Insel eine starke Anhängerschaft hat. Auch mehrere Todesfälle waren zu beklagen. In dem mittlerweile heruntergekochten Konflikt, in dem religiöse Unterschiede instrumentalisiert wurden, ging es nicht um unterschiedliche Vorstellungen zur Sozial- oder Wirtschaftspolitik. In diesem Punkt sind die Differenzen zwischen der sansibarischen CUF und der CCM marginal. Wie in vielen anderen „Demokratien“ geht es zumindest den Entscheidungseliten in den tansanischen Parteien vor allem um den privilegierten Zugang zu den Fleischtöpfen – nur, dass dort die Verteilungskämpfe wesentlich brachialer ausgetragen werden, als etwa in europäischen Demokratien, wo es tatsächlich auch noch etwas zu verteilen gibt. Auf Sansibar haben ausländische Investoren das Sagen. Die Sansibaris arbeiten in den Küchen der Restaurants, oder als Diener in den Hotels, die vor allem Europäern gehören. Und auch der zweitgrößte Devisenbringer, der Handel mit Gewürzen, ist nahezu vollständig in ausländischer Hand. Angesichts der wirtschaftlichen Potenz dieser Investoren sind die meisten Politiker zu reinen Statisten degradiert, die mit einem für tansanische Verhältnisse gutem Salär und Bestechungsgeldern ruhig gehalten werden.

Stark von der lutherischen Kirche beeinflusst ist die Tanzania Coalition on Debt and Development (TCDD), die sich für eine Streichung der Auslandsschulden einsetzt. Ihre Mitglieder, zahlreiche Organisationen aus dem kirchlichen Spektrum und unabhängige Nichtregierungsorganisationen, darunter

auch solche, die sich dem geistigen Erbe Nyereres verpflichtet fühlen, verfügen über sehr gute wirtschaftspolitische Kenntnisse und genießen auch im Ausland als kompetente Ansprechpartner ein Ansehen. Die Mitglieder schreiben Expertisen und organisierten anlässlich des Besuchs von Weltbankpräsident James Wolfensohn und IWF-Direktor Horst Köhler im Februar 2001 auch Proteste. Beide waren nach Dar es Salaam gekommen, um die führenden Vertreter der südafrikanischen Länder zu treffen. Knapp zwei Dutzend Aktivistinnen und Aktivisten trafen sich mit einigen Plakaten vor dem Versammlungsort. Kaum angekommen, trieb die Polizei sie wieder auseinander und nahm sieben von ihnen fest. Im Polizeigewahrsam seien sie verhört und geschlagen worden, beschwerten sich später die Gefangenen.

„Diese Nichtregierungsorganisationen sind kaum in der Bevölkerung verwurzelt, wissen aber viel über ökonomische Zusammenhänge“, erklärt die vierzigjährige Rosemary Nyerere, eine der Töchter des verstorbenen Präsidenten Julius Nyerere. Sie besuchte im Januar das Weltsozialforum in Porto Alegre und wirkte dort beim „Schuldentribunal“ mit, das für die bedingungslose Streichung der Auslandsverschuldung der Dritten Welt arbeitet. Außerdem ist sie seit mehr als einem Jahr Parlamentsabgeordnete für die Regierungspartei CCM. „Wer politisch etwas bewegen will, kommt an der Regierungspartei nicht vorbei“, begründet sie ihr Engagement. Nach wie vor sei die CCM die einzige Massenorganisation in Tansania, die selbst im hintersten Winkel des Landes über lokale Strukturen verfüge. Doch bis auf die Entscheidungselite in der Partei fehle es den Mitgliedern an Wissen über politische und wirtschaftliche Zusammenhänge, um überhaupt effektiv handeln zu können.

15. Eine neue Stimme

Dem könnte zumindest ansatzweise die enorm schnell wachsende Hip-Hop-Szene, die auf Kiswahili gegen korrupte Politiker und brutale Polizeibeamte rappt und deren Musik von den großen privaten Radiostationen gespielt wird, Abhilfe schaffen. Bei einer Analphabetenrate von 28 Prozent ist die Wirkung dieser Sprechgesänge kaum zu unterschätzen: fast alle Dalla-Dallas, das sind Kleinbusse und die einzigen Nahverkehrsmittel in Dar es Salaam, spielen diese Musik. Viele Interpreten beschreiben die gesellschaftlichen Probleme Tansanias, einige versuchen auch, sie zu erklären. Wagosi Wakaya, ein Duo aus der Küstenstadt Tanga, rappt z. B. gegen die kostenpflichtige Gesundheitsversorgung und gegen den Alkoholmissbrauch von Jugendlichen.

„Soll Tansania wie Europa werden?“ fragt Professor Jay in Anspielung auf die von ihm so empfundene neokoloniale Bevormundung. Er geißelt auch die falschen Versprechungen der Politiker. Die unterschätzen bisher die Wirkung die-

ser Sprechgesänge. Ein Umstand, der Professor Jay bisher vor Repressalien bewahrt hat. Aber schon sind auch in diesem Sektor ausländische Investoren am Werk. Eine Tochterfirma des US-amerikanischen Zigarettenherstellers Reynolds nutzt die Popularität des Hip-Hops als Werbeträger und veranstaltet unter ihrem Banner große Konzerte, die sie als einziger Konzern flächendeckend mit Plakaten ausstattet. Mr. Two, einem der bekanntesten Rapper in Tansania, zahlen sie für einen solchen Auftritt 850.000 tansanische Schilling, das sind ca. 900 €. Das ist der durchschnittliche Jahresverdienst eines Lehrers in Tansania. Mr. Two, der kurz vor seinem 30sten Geburtstag steht, ist der Erfolg zu Kopfe gestiegen. Er verfällt in seinen neuen Titeln dem Größenwahn. Mr. Two singt jetzt weniger über sein Dasein als Ghetto-Boy, sondern beschreibt auf überhebliche Art und Weise seinen Aufstieg: Mobiltelefone, dicke Autos, Geld und natürlich er selbst als cooler Überflieger spielen jetzt die Hauptrolle in seinen Liedern. Langsam aber sicher scheint er seine eigene Herkunft zu vergessen.

16. Demokratie auf dem Papier

Die gesellschaftskritischsten Stimmen werden an der Universität von Dar es Salaam laut. Der Soziologieprofessor Seithy Chachage reiste 2001 zum ersten Weltsozialforum ins brasilianische Porto Alegre, um dort mit Gegnern der neoliberalen Politik über eine andere Weltordnung zu diskutieren. Seit mehr als fünf Jahren gibt es in Tansania jetzt ein Mehrparteiensystem nach westlichem Vorbild – für Chachage ist damit keines der brennenden Probleme gelöst. Er hält es für ebenso gescheitert wie das vorherige Einparteiensystem. Letzteres kritisierte er schon in seiner 1986 in Glasgow fertiggestellten Doktorarbeit. Für ihn ist die Geschichte des Einparteiensystems in Tansania „Teil des Kampfes gegen die sozialen Bewegungen wie unabhängige Gewerkschaften, landwirtschaftliche Kooperativen und andere Formen der Opposition gegen Willkürherrschaft.“ Die von oben „durchgesetzte Ideologie hat die Zivilgesellschaft gegenüber der Habgier des Kapitals wehrlos gemacht“. Die Konsequenz liegt für Chachage auf der Hand: „Die Menschen in Tansania haben verlernt, für bessere Lebensbedingungen zu kämpfen, sie zu verändern, zu beeinflussen oder effektiv zu kontrollieren“.

Heute existiert Demokratie zwar auf dem Papier. Doch im gesellschaftlichen Alltag hat sie kaum Bedeutung. Das ist auch nicht das primäre Interesse der „internationalen Gemeinschaft“. Besonders deutlich wird das bei Generali Ulimwengu, dem Verleger der Habari Corporations. Obwohl er 1948 in Tansania geboren wurde und bis 1995 fünf Jahre Parlamentsmitglied für die Regierungspartei war, hat ihm die Regierung Mitte Februar die Staatsbürgerschaft aberkannt und ihn als staatenlos erklärt.

In Ulimwengus Verlagshaus erscheinen die landesweit kritischsten Publikationen. In der englischsprachigen Tageszeitung „The African“ und der vielgelesenen Kiswahili-Wochenzeitung „Rai“ kommen im Gegensatz zu fast allen anderen Zeitungen auch mal demonstrierende Arbeiter zu Wort oder die Korruption in Regierungskreisen zur Sprache. Viele sehen in der Aberkennung der Staatsbürgerschaft für Ulimwengu einen Versuch der Regierung, sich unbequemer Zeitgenossen zu entledigen. Der Soziologieprofessor Chachage initiierte zusammen mit anderen eine Kampagne für den diskriminierten Verleger. Dadurch konnten sie zumindest seine Abschiebung verhindern.

Wenngleich nahezu jede Zeitung in Tansania über die unwürdige Behandlung Ulimwengus berichtete, war von den Vertretern internationaler Organisationen und den Botschaftern aus Europa und den USA kein Wort der Kritik zu hören. „So sieht ihre Demokratie aus“, kommentierte ein Student der Rechtswissenschaften, „wenn die wirtschaftspolitischen Anforderungen erfüllt werden, darf unsere Regierung die Menschenrechte mit Füßen treten“. „Soko holela“ heißt das auf Kiswahili, „chaotischer Markt“.

17. Asante sana (Danksagung)

Mein Dank gilt all denjenigen, die mir vor und während meines Aufenthaltes mit Tipps, Ratschlägen und praktischen Handreichungen geholfen haben, sowie den zahlreichen Interviewpartnern. Besonders danken will ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Friedrich-Ebert-Stiftung in Dar es Salaam und der Redaktion der Tageszeitung Daily News, deren Einführung in die akuten politischen Konflikte des Landes während der ersten Wochen ein guter Ausgangspunkt für meine Recherchen waren. Und natürlich ganz besonders der Heinz-Kühn-Stiftung und Ute Maria Kilian, die mir den Aufenthalt in Tansania ermöglicht haben.